

Die New York Times plädiert dafür, dass sich die Bundesrepublik Deutschland militärisch stärker engagiert und eine Führungsposition in Europa einnimmt.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 009/13 – 15.01.13**

Nach Jahrzehnten pazifistischer Zurückhaltung sollten die Deutschen jetzt wieder eine größere militärische Rolle übernehmen

Von Nicholas Kulish

The New York Times, 05.01.13

(<http://www.nytimes.com/2013/01/06/world/europe/germany-moves-closer-to-accepting-military-role.html>)

BERLIN – Als Kanzlerin Angela Merkel kürzlich Eltern, Frauen und Kinder von Soldaten empfing, die während der Feiertage in Afghanistan, im Kosovo und auf dem Meer vor dem Libanon und vor dem Horn von Afrika bleiben mussten, deutete sie an, bald könnten deutsche Soldaten überall auf der Welt eingesetzt werden.

Am gleichen Winternachmittag debattierte das deutsche Parlament darüber, ob zusätzlich zu den fast 6.000 Bundeswehr-Soldaten, die derzeit an Auslandseinsätzen beteiligt sind, bis zu 400 weitere mit zwei Patriot-Raketenbatterien in die Türkei geschickt werden sollen; dort könnten sie helfen, den NATO-Verbündeten Türkei vor einer möglichen Ausweitung des Bürgerkriegs in Syrien über die Grenze hinweg zu schützen.

"Jahrzehntelang konnten wir Deutschen uns darauf verlassen, dass unsere Partner unsere Sicherheit garantierten," erklärte der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière während der Bundestagsdebatte. "Jetzt sind wir dazu in der Lage und dazu verpflichtet, auch einmal unseren Beitrag (zum Schutz anderer) zu leisten."

Nur eine Hand voll vor Kälte zitternder Protestler verteilte vor dem Brandenburger Tor Flugblätter, auf denen der Türkei-Einsatz abgelehnt wurde. Zwei Tage später wurde dieser Einsatz vom Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen.

Vor noch nicht allzu langer Zeit gab es wegen der militaristischen Vergangenheit Deutschlands vor jedem geplanten Auslandseinsatz der Bundeswehr große Massendemonstrationen, öffentliche Händeringen und bohrendes Nachfragen. Aber allmählich verblassen die Schatten der Vergangenheit, und die Deutschen entwickeln langsam eine mehr oder weniger normale Einstellung zu ihren Streitkräften.

In den letzten drei Jahren war Europa vorrangig mit Wirtschaftsproblemen beschäftigt, weil die Schuldenkrise die Europäische Währungsunion bedroht. Fragen zur (künftigen) Militärstrategie lassen sich aber nicht auf die lange Bank schieben. Die USA richten ihre Aufmerksamkeit stärker auf den asiatisch-pazifischen Raum und werden ihre Truppen in Europa noch weiter reduzieren.

"Europa muss mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen, und Deutschland muss als stärkste Wirtschaftsmacht Europas einen angemessenen Beitrag dazu leisten," äußerte Constanze Stelzenmüller, eine führende Mitarbeiterin des Berliner Büros des German Marshall Fund (s. http://de.wikipedia.org/wiki/German_Marshall_Fund).

2011 wurde im Rahmen der Bestrebungen zur Professionalisierung und Modernisierung der Bundeswehr die Wehrpflicht auf unbestimmte Zeit ausgesetzt (s. http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/33831649_kw12_de_wehrdienst/index.html). Im August (2012) hat das Bundesverfassungsgericht für Ausnahmefälle wie einen Terroranschlag den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr auch im Innern erlaubt (s. http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/up20120703_2pbvu000111.htm .)

"Die Akzeptanz für Auslandseinsätze der Bundeswehr auch außerhalb des NATO-Territoriums ist zwar gewachsen," erläuterte Oberst Ulrich Kirsch (Infos zu seiner Person s. http://de.wikipedia.org/wiki/Ulrich_Kirsch), der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, der die Interessen der aktiven und ehemaligen Soldaten vertritt. "Die Deutschen sind aber immer noch kaum für Militäreinsätze zu begeistern."

Bei Waffengeschäften ist das ganz anders. Deutschland ist nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt; es liefert Waffen nicht nur an NATO-Mitglieder und Verbündete wie Israel, sondern zunehmend auch in den Mittleren Osten und in andere Krisenregionen. Der steigende Waffenexport lässt einheimische Kritiker fragen, warum auch undemokratische Staaten wie Saudi-Arabien mit Waffen beliefert werden.

Die deutsche Rüstungsindustrie hat etwa 80.000 Beschäftigte, und Frau Merkel möchte diese Jobs unbedingt erhalten – vor allem, weil sie sich im September 2013 zur Wahl stellen muss. Im Oktober (2012) ist die vorgeschlagene Fusion zweier Luftfahrt-Giganten, des britischen Konzerns BAE Systems (s. http://de.wikipedia.org/wiki/BAE_Systems) mit dem europäischen Konsortium EADS (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/EADS>), am Einspruch Deutschlands gescheitert, das befürchtet hat, Jobs und Einfluss zu verlieren.

Im letzten Monat erschien das einflussreiche Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" mit einem Titelblatt, auf dem unter der Überschrift "Deutsche Waffen für die Welt" eine grimmig blickende Frau Merkel in einer Uniformjacke in Tarnfarben zu sehen war. Das Magazin beschrieb das Vorgehen der Kanzlerin als Merkel-Doktrin, die darin bestehe, weniger deutsche Truppen in Krisengebiete zu entsenden und stattdessen Partnern in diesen Gebieten mehr deutsche Waffen zu verkaufen. Wie das Magazin berichtete, hat die deutsche Regierung im Jahr 2011 erstmals Waffenexporte für über 10 Milliarden Euro, das sind mehr als 13 Milliarden Dollar, genehmigt.

Im Hinblick darauf, dass die Militärausgaben in West- und Mitteleuropa nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI im gleichen Jahr real um 1,9 Prozent gesunken sind, ist das eine sehr eindrucksvolle Leistung. (Das SIPRI-Jahrbuch 2011 in deutscher Kurzfassung ist aufzurufen über <http://friedenspaedagogik.de/blog/2011/sipri-yearbook-2011-kurzfassung-auf-deutsch/> .) Nach Angaben aus dem SIPRI-Jahrbuch 2012 haben diese Kürzungen in manchen Kreisen die Befürchtung aufkommen lassen, "dass sich der globale Einfluss der europäischen Staaten verringern wird, weil sie in Bezug auf ihre militärischen Fähigkeiten immer weiter hinter die USA zurückfallen und von aufsteigenden Mächten wie China nicht nur eingeholt, sondern sogar überholt werden könnten".

Der Weg, den Deutschland einschlägt, könnte entscheidend für den militärischen Einfluss Europas in den kommenden Jahren sein. Es bleibt abzuwarten, ob Deutschland seine wachsende Führungsrolle akzeptiert und mehr Verantwortung für die regionale Sicherheit übernimmt, oder sich, wie einige Zyniker glauben, wieder nur auf die Durchsetzung seiner Eigeninteressen beschränkt.

"Als einer der wichtigsten Staaten auf der westlichen Halbkugel ist Deutschland wieder zum Mitspieler geworden, die deutsche Regierung drückt sich aber immer noch davor, die

Verantwortung zu übernehmen, die damit verbunden ist," äußerte Olaf Böhnke, der Chef des Berliner Büros des European Council on Foreign Relations (Infos dazu s. http://de.wikipedia.org/wiki/European_Council_on_Foreign_Relations). "Wenn Deutschland eine Führungsposition einnehmen will, muss es sich auch militärisch stärker engagieren."

Deutsche Truppen werden zwar seit mehr als einem Jahrzehnt in Afghanistan eingesetzt, haben sich aber hauptsächlich im sichereren nördlichen Teil des Landes aufgehalten. Die Bundeswehr – so werden die deutschen Streitkräfte genannt – hat im Dezember ihre ersten Tiger-Kampfhubschrauber nach Afghanistan verlegt. Am Dienstag hat sie mitgeteilt, dass sie im Jahr 2012 keinen einzigen Soldaten in Afghanistan verloren hat.

"Die konfliktscheue Grundhaltung (der deutschen Bevölkerung) besteht immer noch, darauf muss man sich einfach einstellen," betonte Martin Kahl, ein Politikwissenschaftler am Institut für Friedensforschungs- und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg (s. http://www.ifsh.de/zeus/htm/mit_kahl.htm). "Die Menschen fühlen sich heute sicherer als früher. Auf dem europäischen Kontinent gibt es keinen Feind mehr, der einen klassischen Krieg führen könnte."

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben westdeutsche Politiker die Anwendung militärischer Gewalt – außer zur Selbstverteidigung – grundsätzlich ausgeschlossen und in der Bevölkerung damit eine pazifistische Grundhaltung erweckt. Seit dem Ende des Kalten Krieges beginnt sich diese Einstellung langsam zu ändern. Von seinen Verbündeten und besonders von den USA wurde Deutschland immer wieder aufgefordert, mehr Verantwortung und einen größeren Anteil an den Verteidigungslasten zu übernehmen.

"Ich glaube nicht, dass es für die Zukunft Europas förderlich ist, wenn sich Deutschland nur um seine wirtschaftliche Entwicklung kümmert und aus heiklen (militärischen) Unternehmungen heraushält," gab Böhnke (vom European Council on Foreign Relations) zu bedenken.

Ein wichtiger Wendepunkt war wahrscheinlich die Beteiligung Deutschlands an den Luftangriffen während des Kosovo-Krieges im Jahr 1999, mit denen das Tabu, mit dem Angriffshandlungen belegt waren, gebrochen wurde.

Obwohl Deutschland Waffen in die ganze Welt exportiert, scheut es immer noch vor der Gewaltanwendung durch deutsche Soldaten zurück. Im Mai 2010 hat der damalige Bundespräsident Horst Köhler in einem Interview mit Deutschlandradio (s. <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1188780/>) gesagt, die Gesellschaft müsse den Beitrag der Bundeswehr und die von ihr erbrachten Opfer stärker würdigen. Die künftige Rolle des Militärs müsse breiter diskutiert werden.

Er sagte: "Meine Einschätzung ist ..., dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen (und sich) negativ auf Handel, Arbeitsplätze und Einkommen (auswirken)." (Das Zitat wurde aus dem oben verlinkten Interview übernommen.)

Damit löste er eine heftige Diskussion in der Öffentlichkeit aus, der er sich durch Rücktritt entzog. Dabei hat die deutsche Marine schon damals genau das getan, was Herr Köhler angesprochen hatte – im Rahmen der multinationalen Mission zur Piratenbekämpfung vor der Küste Somalias. Nur einige Monate nach Köhlers Rücktritt kündigte die deutsche Regierung ihre Pläne zur Aussetzung der Wehrpflicht an.

Mit seinem 2011 gefassten Beschluss, die Wehrpflicht auszusetzen, beseitigte das deutsche Parlament eine der wenigen Hürden, die noch zwischen der Bundeswehr und einer normalen Armee bestanden.

"Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurde auch die Bundeswehr zu einer Berufsarmee," betonte Frau Stelzenmüller vom German Marshall Fund. "Auch ihre Soldaten werden jetzt wie die Soldaten anderer westlicher Armeen dafür bezahlt, dass sie für Kampfeinsätze zur Verfügung stehen.

Chris Cottrell und Victor Homola haben zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Im August 1944 ließ ein US-Finanzminister namens Henry Morgenthau einen Plan entwerfen (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Morgenthau-Plan>), der vorsah, Deutschland dauerhaft zu entmilitarisieren und seine Rüstungsindustrie total zu demontieren, um deutsche Angriffe auf andere Länder für alle Zeiten auszuschließen.

Am 30. Juni 1955 wurde in Bonn ein Abkommen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland über gegenseitige Hilfe zur Verteidigung unterzeichnet, das auch die Belieferung der neu aufzustellenden Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland mit US-Waffen vorsah (s. auch http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Bundeswehr). Im Kalten Krieg wurden wieder deutsche Soldaten gebraucht, die einen Beitrag zur Verteidigung der USA an der Oder-Neiße-Linie leisten sollten.

Im Januar 2013 kritisiert das als "linksliberal" eingestufte US-Leitmedium New York Times (s. http://de.wikipedia.org/wiki/The_New_York_Times) den steigenden Export deutscher Waffen – vermutlich, weil er die Profite der US-Rüstungsindustrie schmälert – und fordert die Bundesregierung ziemlich unverblümt auf, die Bundeswehr endlich uneingeschränkt zur Sicherung der US-Vorherrschaft zur Verfügung zu stellen. Die Deutschen sollten sich nicht so zieren, im Kosovo-Krieg hätte die Bundesluftwaffe doch auch schon eifrig mitbombardiert.

Deutsche Soldaten sollen als US-Hilfspolizisten nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern die gesamte Europäische Union disziplinieren und außerdem als entlastende Fußtruppe in alle völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege der USA ziehen.

Ein Blick auf den beruflichen Werdegang einer Dame und zweier Herren, die in der New York Times zitiert werden, lässt ahnen, warum sie so engagiert für uneingeschränkte Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Entlastung der US-Streitkräfte eintreten.

Für den Reserveoffizier und Verteidigungsminister Thomas de Maizière bestehen "keine Tabus" für neue Auslandseinsätze, auch dann, "wenn unsere unmittelbaren nationalen Sicherheitsinteressen auf den ersten Blick nicht berührt sein mögen". Außerdem will er – natürlich in den USA – bewaffnete Drohnen einkaufen (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_de_Maizi%C3%A8re).

Frau Constanze Stelzenmüller hat "als McCloy-Stipendiatin der Volkswagen Stiftung an der Kennedy School of Government der Universität Harvard den Master in Public Adminis-

tration gemacht (1988); anschließend forschte sie als Gastwissenschaftlerin an der Harvard Law School (1988-89). ... 2002 war sie Fellow am Remarque Institute der New York University, 2003 als Fellow des German Marshall Fund am Grinnell College in Iowa. Von April bis Juni 2004 war Stelzenmüller Fellow am Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington, DC. Im Juli 2005 übernahm Stelzenmüller die Leitung des Berliner Büros des German Marshall Fund. Seit 2009 ist sie dort Senior Transatlantic Fellow. Als Nachfolgerin von Theo Sommer ist Stelzenmüller seit 2007 zudem Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates der Deutschen Stiftung Friedensforschung" (s. <http://www.-bundesstiftung-friedensforschung.de/>). (Das Zitat wurde entnommen aus http://de.wikipedia.org/wiki/Constanze_Stelzenm%C3%BCller .)

Olaf Böhnke (s. <http://www.netzwerk-ebd.de/news/neuer-bueroleiter-beim-ecfr-in-berlin-olaf-boehnke/>), der Chef des Berliner Büros des European Council on Foreign Relations, kennt die Arbeit eines Think-Tanks aus seiner früheren Tätigkeit beim Aspen Institute (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Aspen-Institut>).

Diese "Experten" wurden also bestens auf ihre Rolle als Befürworter vermehrter Bundeswehreinätze zugunsten der USA vorbereitet und verschwenden keinen Gedanken daran, dass die Bundeswehr, weil deutsche Truppen in zwei Weltkriegen über andere Länder hergefallen waren, als reine Verteidigungsarmee konzipiert wurde und der Artikel 26 unseres Grundgesetzes schon die Vorbereitung von Angriffskriegen verbietet.

Eine Armee, die sich nicht mehr mit lustlosen Wehrpflichtigen herumschlagen muss, sondern auf ausgesuchte, gut gedrungene Freiwillige bauen kann, ist natürlich viel besser dazu geeignet, die immer noch zahlreichen US-Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland bei Bedarf vor aufgebrachtten Demonstranten zu schützen, und die eigene Bevölkerung, die Kriegseinsätze deutscher Soldaten immer noch mit deutlicher Mehrheit ablehnt, in Schach zu halten. Außerdem lassen sich fürs Töten angeheuerte, gut bezahlte Söldner vor jeden politischen Karren spannen und schießen auch, wenn es nur um die Durchsetzung von US-Interessen geht.

Auch der New York Times ist es natürlich nicht entgangen, dass die einstmals starke und widerstandsbereite deutsche Friedensbewegung auf ein kleines Häuflein Unentwegter zusammengeschrumpft ist und sich in ihrem jetzigen desolaten Zustand diesen fatalen Entwicklungen kaum noch mit aufsehenerregenden Aktionen und Großdemonstrationen entgegenstemmen kann.

The New York Times

January 5, 2013

Decades of German Pacifism Yield to Bigger Military Role

By NICHOLAS KULISH

BERLIN — When Chancellor Angela Merkel hosted a recent reception for military families, she greeted parents, wives and children whose loved ones were spending their holidays in Afghanistan, Lebanon, Kosovo and off the Horn of Africa. German deployments overseas, Ms. Merkel said, "will soon encompass the entire globe."

On that same wintry afternoon, members of Parliament debated whether to add to the nearly 6,000 German troops currently serving abroad by sending up to 400 soldiers to Turkey, where they would operate two Patriot missile batteries to help protect their NATO ally from a potential escalation of the civil war across the border in Syria.

“For decades, we Germans have benefited from the fact that our partners gave us the feeling of reliable security,” Thomas de Maizière, Germany’s defense minister, said during the debate last month. “Now we are in a position and have the duty, even, to make our impact felt.”

Only a handful of shivering protesters passed out fliers in front of the Brandenburg Gate opposing the deployment. The vote easily passed in the Parliament two days later.

It was not that long ago that every German military action brought with it mass demonstrations, public hand-wringing and probing questions about the country’s militarist past. But the shadow of history continues to recede here and Germany is, for better or worse, quietly approaching a normal relationship with its armed forces.

For the past three years, Europe has been preoccupied with economic issues as the debt crisis threatened to sunder the euro currency union. But strategic military questions cannot be ignored indefinitely. The United States is increasingly shifting its focus to the Asia-Pacific region and reducing the number of troops stationed in Europe.

“Europe has more responsibility for its own security, and Germany has to step up to that, particularly considering its new economic power in Europe,” said Constanze Stelzenmüller, senior fellow at the German Marshall Fund in Berlin.

Conscription was suspended indefinitely here in 2011 as part of a drive to professionalize and modernize the armed forces. In August, the Constitutional Court ruled for the first time that the German military could be deployed at home under exceptional circumstances, like in the wake of a terrorist attack.

“Naturally, a great deal has developed further in terms of the acceptance of deployments outside of this country and outside the NATO territory,” said Col. Ulrich Kirsch, chairman of the German Federal Armed Forces Association, which represents the interests of active and former military personnel. “But the Germans are, now as before, difficult to inspire for military operations.”

Military business is another matter. Germany is the world’s third-biggest arms exporter, behind only the United States and Russia, sending weapons not only to NATO members and allies like Israel but increasingly to the Middle East and beyond. As the business grows, critics at home question sales to undemocratic countries like Saudi Arabia.

Germany’s military industry employs an estimated 80,000 people, jobs Ms. Merkel wants to protect, especially less than a year before September’s parliamentary election. In October, German opposition helped doom the proposed merger of two aerospace giants, British-based BAE Systems and the consortium EADS, in part out of concern that German jobs and influence might be lost in the new entity.

Last month Der Spiegel, the influential newsmagazine, showed a grim-faced Ms. Merkel on the cover in a camouflage suit jacket with the headline “German Weapons for the World.” The magazine described the Merkel doctrine as deploying fewer German troops to conflict zones and instead strengthening partners by selling them arms. The German government approved military exports in excess of 10 billion euros, or over \$13 billion, for the first time in 2011, the magazine reported.

That is an especially impressive feat considering that military expenditures in Western and Central Europe fell 1.9 percent in real terms that year, according to the Stockholm Interna-

tional Peace Research Institute. Those cuts have “prompted unease in many quarters that European countries risk losing global influence as they fall further behind the United States in military capabilities,” the institute said in its most recent annual report on military spending, “while rising powers such as China rapidly catch up and even overtake them.”

Germany’s path forward could well determine the shape of Europe’s military affairs for years to come. Whether that is through a growing leadership role and the assumption of more responsibility for regional security or a limited, some say cynical, emphasis on protecting its own interests still remains to be seen.

“Germany is back in the game as one of the most important countries in the Western Hemisphere, but the kind of responsibility that goes with that is not really reflected in German government behavior,” said Olaf Böhnke, head of the Berlin office of the European Council on Foreign Relations. “If Germany wants to be in a leadership position, you need stronger military engagement.”

German troops have been in Afghanistan for more than a decade, but mostly restricted to the safer northern part of the country. The Bundeswehr, Germany’s army, sent its first Tiger attack helicopters to Afghanistan in December. On Tuesday the army announced that it had not suffered a single fatality in 2012 in Afghanistan.

“This conflict-averse basic attitude still remains, and one has to deal with it,” said Martin Kahl, a political scientist at the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg. “People feel safer than before. There is no enemy on the European continent who could lead a classic conflict.”

After World War II, West German politicians rejected military force for any goal other than self-defense, and a strong pacifist streak developed in the public. The end of the cold war brought the beginning of a long period of halting change. Allies, particularly in the United States, have repeatedly called for Germany to take more responsibility and a larger share of the burden.

“I don’t think it’s healthy for the future of Europe to give Germany this refuge where Germany handles the economy and doesn’t have to deal with the dirty stuff,” Mr. Böhnke said.

The biggest turning point was probably when Germany participated in airstrikes in the Kosovo war in 1999, a break with the taboo against offensive operations.

Even as Germany exports arms around the world, idealism about the use of force by German soldiers remains. In May 2010, Germany’s president, Horst Köhler, gave an interview to German public radio saying that society needed to recognize the sacrifices and contributions of the military. A broader political discussion was necessary, Mr. Köhler said, about the military’s role.

“A country of our size,” Mr. Köhler said, “with its focus on exports and thus reliance on foreign trade, must be aware that military deployments are necessary in an emergency to protect our interests, for example, when it comes to trade routes, for example, when it comes to preventing regional instabilities that could negatively influence our trade, jobs and incomes.”

A public outcry ensued, and Mr. Köhler resigned. But the German Navy was essentially already doing what Mr. Köhler described in his comments, as part of the multinational mission to combat piracy off the coast of Somalia. The government announced plans to suspend conscription just a few months after Mr. Köhler quit.

Parliament made it official in 2011, toppling in the process another of the remaining hurdles between Germany and a normal military.

“The suspension of conscription officially recognized the fact that the German Army had become a professional army,” said Ms. Stelzenmüller from the German Marshall Fund. “These are people who get paid for putting themselves in harm’s way, just like other Western armies.”

Chris Cottrell and Victor Homola contributed reporting.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern